

6 QUEERNESS



»» Wie können die Rechte und der Schutz von LGBTIQ*-Menschen in allen europäischen Ländern gestärkt werden? ««

DAS STECKT HINTER DIESER FRAGE

LGBTIQ* ist eine Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter*. Diese Liste ist nicht abschließend. Der Genderstern symbolisiert die Vielfalt von unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten. Die Gewalt gegen LGBTIQ+ Menschen in Europa hat den höchsten Stand seit einem Jahrzehnt erreicht. Gleichzeitig gibt es auch Fortschritte. Die EU ist ein wichtiges Instrument ihre Rechte und Menschenrechte in Europa zu stärken.

CDU CSU

Folgen

CDU und CSU setzen sich für die Gleichberechtigung von LSBTIQ*-Personen ein. Wir wenden uns klar gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung oder Geschlechtsidentität. Das ist wichtig, weil vielerorts die Rechte von LGBTIQ*-Menschen wieder in Frage gestellt werden. Partnerschaften und Kooperationen mit den Mitgliedstaaten der EU wollen wir offensiv dafür nutzen, um für unsere Werte der Offenheit und Toleranz zu werben. Mit dem sog. Rechtsstaatsmechanismus hat die EU ein Instrument entwickelt, um zur Verbesserung der Lebenssituation von LSBTIQ* beizutragen. Der rechtliche Schutz vor Diskriminierung soll verbessert werden. Ferner verpflichtet sich die Europäische-Kommission dazu, sich weltweit für die Rechte von LSBTIQ* einzusetzen.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Folgen

Wir kämpfen gegen jegliche Einschränkungen der Rechte von queeren Menschen und wollen sicherstellen, dass sie Zugang zu Gesundheitsversorgung, rechtlicher Anerkennung und Schutz vor Diskriminierung haben. Die Erklärung der EU als „LGBTIQ* Freedom Zone“ durch das Europäische Parlament war ein wichtiger Schritt, um die Rechte von LGBTIQ*-Personen in Europa zu verteidigen. Das systematische Vorgehen autoritärer Regierungen gegen queere Menschen müssen wir konsequent stoppen. Wir setzen uns für die grenzüberschreitende Anerkennung von Partnerschaften und Elternschaft innerhalb der EU ein, damit Regenbogenfamilien nirgendwo diskriminiert werden. Denn Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen, unabhängig von sexueller Orientierung.

SPD

Folgen

Wir wollen ein Europa des Respekts. Respekt heißt für uns, unterschiedliche Lebensentwürfe zu respektieren und zu schützen. Es spielt keine Rolle, wo man herkommt, wie man lebt und wen man liebt, ob man jung oder alt ist. Weil wir Respekt haben vor jedem und jeder Einzelnen, sorgen wir für gleiche Chancen, ein Recht auf Teilhabe, gute Bildung und gute Arbeit. Sie sind die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben. Die Rechte von LGBTIQ+-Personen sind Menschenrechte. Trotzdem müssen wir zunehmend erleben, wie in einigen Mitgliedsstaaten versucht wird, ihre Rechte zu unterlaufen. Wir werden nicht akzeptieren und zulassen, dass konservative und rechte Regierungen unsere erkämpften Rechte infrage stellen und angreifen.

DIE LINKE.

Folgen

Wir stehen konsequent gegen Diskriminierung von queeren Menschen ein. Wir verurteilen queerfeindliche Gewalt aufs Schärfste. Diese muss national und in der EU genauer erfasst und konsequent verfolgt werden. Bildung hilft gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit. Bildungsarbeit an Schulen und anderswo wollen wir deshalb fördern. Für uns ist wichtig: queere Menschen sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Deshalb brauchen sie Unterstützung, um sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung am Arbeitsmarkt wehren zu können. Entsprechende Projekte wollen wir fördern. Rechtliche Diskriminierung von Queers muss zu Sanktionen führen. Die Kommission muss regelmäßig Berichte über die Lebenslage von queeren Menschen vorlegen.

AfD

Folgen

Warum steht hier nichts?
Die Antwort steht auf der Seite 4.

Freie Demokraten FDP

Folgen

Alltagsdiskriminierung und erst recht eine systematische Ausgrenzung dürfen in Europa keinen Platz haben. Wir fordern, dass Demonstrationen von LSBTIQ in allen EU-Ländern ungehindert und sicher stattfinden können. Wir wollen auch, dass innerhalb der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen und festgestellte Elternschaften mit allen Rechten und Pflichten in den EU-Mitgliedstaaten anerkannt werden. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen in Zukunft auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen. Alle Mitgliedsstaaten sowie die EU-Beitrittskandidaten müssen die Bürgerrechte von LSBTIQ achten. Bei Verstößen sollen die Zahlungen der EU an die betroffenen Länder gestoppt werden.